

Reise nach Moskau: Erste Betrachtungen zur politischen Struktur des städtebaulichen Leitbildwandels des Jahres 1950 in der DDR

Simone Hain

Da der Historiker immer auch ein wenig Chronist ist, möchte ich, ehe ich mich dem Gegenstand meines Beitrages und damit dem ersten Jahr der DDR zuwende, aus gegebenem Anlaß kurz das Ende, das 40. Jahr der Republik in Erinnerung bringen. Beim letzten Bauhauskolloquium im Juni 1989 nämlich beschäftigte sich gleichfalls ein Workshop mit der Geschichte des DDR-Städtebaus, kurz nachdem übrigens dem BDA eine Podiumsdiskussion über die Perspektiven aus den Händen gegliedert war. Für alle, die hier zum erstenmal sitzen, sei diese denkwürdige Debatte erwähnt, auf deren Höhepunkt sich schließlich Michael Bräuer jeder weiteren politischen Funktionalisierung verweigerte und sich auf seine Verantwortung gegenüber den Bürgern seiner Stadt berief.¹

Im Workshop über die Geschichte dagegen saßen die Veteranen und beanspruchten die Siege und ewigen Wahrheiten für sich. In dieser Atmosphäre wies Bernd Grönwald auf die „weißen Flecken“ unserer Geschichtslandschaft hin, indem er Forschungsdesiderata benannte.² Iris Reuther formulierte den Konflikt und Widerspruch der „draußen gelassenen“ jüngeren Generation: Ewiger Kindergarten, nicht mündig zum Urteil, schon gar nicht zum Tragen von Verantwortung. Nun – die Praxis und Verantwortung, die sie sich vor drei Jahren wünschte, hat sie nun. Was aber mußte alles geschehen! Und uns verloren gehen.³

Zu den von Grönwald 1989 aufgeworfenen Forschungsproblemen gehörten das vollkommen mysteriöse Schicksal von Mart Stam und Probleme der frühen Bauhausrezeption in der DDR⁴ wie die Frage, warum Ernst Mays unausgeführter Fennpfuhl-Entwurf von 1956 in der DDR so nachhaltig Schule machen konnte⁵. Ganz besonders bewegte ihn aber die Frage nach der Entstehung, historischen Bewertung und aktuellen Relevanz des ersten städtebaulichen Manifestes der jungen DDR, der „16 Grundsätze“. Sie waren formuliert und per Ministerratsbeschuß rechtswirksam geworden nach der legendären Studienreise einer Regierungsdelegation nach Moskau. In der Tat haben wir es hier mit einer in vielen Repliken überlieferten **Legende** zu tun, die unseren ganzen streitbaren und kritischen Sachverstand als Historiker fordert. Geschichtsforschung wird in einer Zeit, da die mediale Präsenz und Selbstdarstellung einzelner Akteure das öffentliche Bewußtsein prägt, immer auch Aufklärungsarbeit sein müssen. Die DDR-Baugeschichte besteht keineswegs aus den sieben Streichen eines einzig begabten Architekten im trickreichen Kampf gegen „die Partei“ als Überinstrument⁶, dies sei auch ausdrücklich aus dem Anlaß unseres heutigen Kolloquiums betont. Geschichte letztlich konstituiert sich im äußerst komplexen sozialen Beziehungsgefüge einer Vielzahl handelnder Subjekte mit jeweils individuellen Projektionen gesellschaftsprägender Leitbilder. Diese wiederum sind eingebunden in ein Gefüge von kurz-, mittel- und langfristigen kulturellen und ökonomischen Determinanten. So ist die Geschichte der sozialen Aneignung von Gegenstand und Raum in 40 Jahren DDR auch keineswegs peripheres, provinzielles Geschehen, sondern durchaus Element deutscher und europäischer Jahrhundertprozesse, die hier ihre gesellschaftspolitische Spezifik erfahren. Gerade die Möglichkeit des deutsch-deutschen Vergleiches ist ein Glücksumstand für Forschung, die nach deutschen wie allgemeinen Jahrhundertstrukturen fragt und an einer Neubestimmung der geschichtsphilosophischen Methodo-

logie interessiert ist. Hier wird nach dem Ende des „Kalten Krieges“ nun eine Akzentverschiebung der Forschung weg von vordergründiger Ideologiekritik und „Ereignisgeschichte“ hin zur Analyse von Langzeitstrukturen und konkreten Phänomenen möglich sein. Die „Totaleinblendung“ und das holzschnittartige Bild der historischen Szenerie wird übergeben in ein komplexes, aus verschiedenen Facetten in deutlichen Brüchen wahrnehmbares Abbild realer Prozesse. Neben der Geschichte der einzelnen Bauten, Städte und Landschaften werden auch die Geschichten der Institutionen und der Personen auf das in ihnen erscheinende Wesen der Zeit befragt werden. Man wird sich dabei auch darauf einstellen müssen, daß im „Brotchen Spiegel“ betrachtet, sich die Augenfarbe des Gespiegelten durchaus verändert – je nach dem ob man „Ingeborg“ liebt oder ob man ungebunden existiert⁷. Es gibt keine objektive Historiographie, es sei denn, sie enthielte sich der Bewertung.

Doch zurück zur berühmten „Reise nach Moskau“ und der Frage nach Geist, Wirklichkeit, und natürlich Provenienz der in ihrem Ergebnis formulierten „16 Grundsätze des Städtebaus“⁸. War dieses Dokument, das – heute wieder sehr aktuell letztlich Urbanität als kulturellen Wert und strukturelle, kritische Rekonstruktion als Leitvorstellung vorgab – war es tatsächlich eine „Anti-Charta von Athen“? War es etwa die möglicherweise im deutsch-deutschen Vergleich selbstbestimmtere, zumindest aber „weisere“ Konzeption des Wiederaufbaus und wer waren ihre Köpfe?

Gab es historisch eine reale Chance, die interessanten und wegweisenden städtebaulichen Momente der „16 Grundsätze“ von der engen architektonischen Auslegung, dem Eklektizismus sowjetischer Provenienz freizuhalten? Wäre eine These vertretbar, die das „gute“ städtebauliche Konzept als heimische, originär deutsche Leistung – die „schlechte“ historische Architektur jedoch als aufgezwungenen sowjetischen Import charakterisierte? Etwa nach dem Muster: Viel „sozialistischer Weihrauch“, taktische Sprachgeste – bei struktureller Berücksichtigung von „Weltweisheiten des Städtebaus“. Wohlgerichtet ich zitiere die Protagonisten!⁹ Ist eine Idee gut, will jeder sie gern gehabt haben. Bis heute reklamieren Einzelpersonen und DDR-Planer generell – gewissermaßen als Selbstrechtfertigung – das Urheberrecht an den „16 Grundsätzen“ und damit am Prinzip „kritische Rekonstruktion“. Ein Anlaß mehr, der Sache auf den Grund zu gehen – zumal das historische Material im Umfeld des Beschlusses weit bedeutungsvollere sozialwissenschaftliche und psychologische Aufschlüsse bietet, als die tatsächlich ephemere Frage nach der Genese des städtebaulichen Dokumentes an sich.

Wir sind in der glücklichen Lage, daß die Vorgänge um den unterschiedenen städtebaulichen Leitbildwechsel, die den radikalen Bruch mit den kommunalen Planungen seit Kriegsende bedeuteten, in verschiedenen Archiven mit großer Dichte überliefert sind. Ich kann hier nur einen ersten Forschungsbericht geben, aber darf soviel immerhin vorwegnehmen; über rein ressortspezifische, d.h. städtebauliche Fragestellungen hinaus, halten wir hier ein brisantes Material in der Hand, daß uns Erklärungsansätze für Verhaltensstrukturen, interinstitutionelle Verflechtungen bzw. eher Konflikten, sozialpsychologische und politische Phänomene der frühen DDR bietet. Und – entsetzlich überraschend für mich als

„Spätgeborene“ – ist in allem Aufbruch und aller wahrlich enormen Aufbauleistung im ersten Jahr der DDR – die Transzendenz ihres vorgezeichneten Endes. Mein Gegenstand, das erste Jahr der DDR, gespiegelt in den Konzeptionen für Raumanneignung und Gestaltbild – gleicht dem Bergmann'schen „Schlangenei“. Alle Probleme sind von Anbeginn an vorgegeben, ja in den gegen Alternativen noch offenen Anfängen sehr wohl reflektiert, und hell-sichtig, oft auch scharf artikuliert worden. Allein die Strukturen der Entscheidungsfindung und die Verhaltensspielräume waren durch harte Machtkämpfe, Außendruck und allseitig wachsendes Mißtrauen blockiert. Wie vielen, die Kritik übten, geschah ohne die notwendige Protektion bitteres Unrecht, auf den exponierten Positionen überlebten mehr oder weniger anpassungsfähige Charaktere. (Die nicht immer verhindern konnten, daß neue Querköpfe nachwuchsen).

Stalinismus ist mir – dies in Betracht ziehend – daher kein Stil und Formbegriff – sondern spezifische Struktur sozialer Interaktion, ist gewissermaßen Verhältnisqualität der gebauten Umwelt und alltäglichen Gegenständlichkeit im Bezug auf das agierende und reagierende Subjekt. Aber dieser gesellschaftliche Zustand „zeigt“ sich ungewollt auch an den Gegenständen und Räumen – im weitgehenden Fehlen von Schönheit als Widerspiegelung freier gestalterischer Kreativität des Individuums und kollektiver Übereinkunft in Wertefragen.

Die „Stalinallee“ in Berlin mag neben ihrem Wesen als (noch) sozial durchmischter Wohnstraße vieles sein: Symbol, Geschichtsmerkmal, städtebauliches Exempel und ganz gewiß in harter Arbeit erbrachte Aufbauleistung. Aber schön, schön im ästhetischen Sinne ist sie nicht. Ästhetik ist keine Frage des Geschmacks und der architektonischen Handschrift. Zur Schönheit des Hauses selbst kommt nach Bruno Taut immer auch die Bewertung der Vorgänge am Haus. Architektur ist Kunst der Proportion im weitest denkbaren Sinne: Dabei ist unsere Straße eben nicht „gut“, sondern so „roh“, „denn die Verhältnisse, die waren nicht so“ (Brecht). Als ausgesprochen kritische „Vorgänge am Haus“ sind hier in erster Linie die Art der Durchsetzung der Planungsidee, die volkswirtschaftlich unveränderlich kostenaufwendige Bauerstellung und die Vergabepaxis der Wohnungspolitik angemerkt.

Welches waren nun die gesellschaftlichen Konditionen im Umfeld der Moskau-Reise, deren Ergebnisse sich ja schließlich beim Bau der ersten sozialistischen Straße, der „Stalinallee“, exemplarisch manifestierten?

Der Vorgang ist knapp umrissen folgender: Bis 1949 gibt es in Gesamtdeutschland in der Wiederaufbaufrage im wesentlichen eine gemeinsame Phase der „Träume in Trümmern“¹⁰: Es überwiegen mehr oder weniger radikale Absagen an die chaotische und unhygienische Stadt des 19. Jahrhunderts, große Hoffnungen auf eine sozialwirtschaftliche Regelung des Grundeigentums und ethisch motivierte Erneuerungssehnsucht, im angestrebten Gestaltbild einesteils „modern“ oder alternierend „konservativ“ kontextuell sich manifestierend. In Berlin kulminiert diese aufklärerische und großstadtkritische Grundhaltung im „Kollektivplan“, der die Versöhnung von Stadt und Natur, Geborgenheit für das Individuum in der Wohnung und im Quartier, Rationalisierung aller betrieblichen Abläufe der Großstadt als Zielstellungen mit der Absage an kartesianische und hierarchische städtebauliche Ordnungsstrukturen verband. Über die vollkommene Neuordnung der Stadt wurden Egalität, Freiheit und Brüderlichkeit verheißen, was zur Folge hatte, daß das Konzept politisch für ein Programm des demokratischen Sozialismus in Anspruch genommen wurde.¹¹

Der Kollektivplan ging – das ist sehr wichtig – durchgängig von einem Bodenwert von 0,50 DM pro Quadratmeter aus. 1949 noch würde der inzwischen auf realisierbare Planungsstufen überarbeitete Plan per Magisterbeschluß zum Generalaufbauplan für Groß-Berlin erklärt und die Planer erhielten eine Geldprämie für ihre „für ganz Westeuropa beispielgebende Planung“. Gleichzeitig ver-

folgte man im neugegründeten Ministerium für Aufbau mit wachsender Unruhe den Bau der Wohnzelle Friedrichshain und besonders die massiven Abrisse in der Wilhelmstraße. Die Bauabteilung des Magistrats schien nicht begriffen zu haben, welche Stunde mit der Spaltung der Berliner Verwaltung und der Spaltung Deutschlands durch die Gründung des Separatstaates BRD geschlagen hat. Während die DDR-Ministerien bereits im Aufbau waren, wies die Planungsabteilung des Magistrats den Fehrbelliner Platz im Westteil der Stadt noch immer als Regierungsstandort aus. Irritiert und verunsichert fuhren Oberbürgermeister Ebert und Ulbricht eiligst nach Moskau – Grotewohl übriges erkrankte taktisch – um anlässlich seines 70. Geburtstages den „Generalissimus“ in der Berlin-Frage zu hören. Der macht ihnen offenbar deutlich, daß es notwendig sei, aller Welt unübersehbar klar zu machen, wo Deutschlands Hauptstadt liege: in Berlin, in der historischen Mitte, im sowjetischen Einflußgebiet. Städtebau sei hohe Politik. Gefordert wurde in Moskau, allen folgenden Maßnahmen nach zu urteilen, die Inszenierung eines Anspruches: Das bessere Deutschland, die europäische Alternative, liegt im Osten. Erweckt die Metropole Berlin zu neuem Leben, baut hoch und höher, dicht und kompakt. In den großen Städten liegt aller Fortschritt, ist das Proletariat als Masse politisches Potential. Schickt uns eine Delegation aus Berlin – wir wollen gemeinsam die Berliner Pläne und den Wiederaufbau in Ostdeutschland erörtern. Die Delegation reiste schließlich – nach sehr heftigen Auseinandersetzungen über die Teilnehmer und ministeriellen Eingriffen in die Hoheit der Kommune – im April/Mai für mehr als 6 Wochen in die Sowjetunion. Im Ergebnis dieser Studienreise wurden nicht allein die bisherigen Berliner Planungen Makulatur, sondern änderte sich für die gesamte Ostzone das städtebauliche Leitbild radikal.

Die Verbindungskanäle zwischen diesen beiden planerischen Antipoden als den „lichten Orten“ lagen bisher im Dunkeln. Was geschah innerhalb der „Black Box“ – wie, durch wen und auf welche Weise wurden die Weichen geschaltet, Stadtschicksale prädisponiert und persönliche Karrieren begründet oder zerstört?

Glücklicherweise haben sich sowohl im Berliner Stadtarchiv wie im Archiv des Ministeriums für Aufbau die Dokumente des handfesten Konfliktes zwischen Kommune und Staat erhalten: Sie belegen, wie mit Beginn des Jahres 1950, nach der denkwürdigen Geburtstagsfeier bei Stalin, der „Berliner Plan“ Staatsaffäre und die Kommune damit de facto ihrer Hoheit enthoben wurde. Im März wurden die „Kollektiv“-Mitglieder aus dem Magistrat gekündigt und Ende 1950 war schließlich der Ablösungsprozeß damit vollzogen, daß Ulbricht (wohl in Moskau ermächtigt) alle Entscheidungsbefugnis in Berliner Planungsfragen von Grotewohl weg auf sich zog. Das bedeutete im Klartext: die Verfügungsmacht „wanderte“ zur Jahreswende 1950 weg vom Ministerpräsidenten der DDR hin zum Parteivorsitzenden der SED. Damit verloren Hans Scharoun, Peter Friedrich, Mart Stam, Hans Brockschmidt und andere Architekten Protektion, wurde der militanten Formalismus-Diskussion Tür und Tor geöffnet. Diese Vorgänge sind in den Nachlässen von Grotewohl und Ulbricht überliefert: Wobei Grotewohl ein wirkliches, aufrichtiges Engagement und beste Kontakte zu Planern seit 1946 zu attestieren wäre – Ulbricht eher unreflektierter Dirigismus und eine wohlinformierte Zuträgerschaft.

Am dichtesten aber ist die Überlieferung jener Vorgänge im Aktenmaterial des Ministeriums für Aufbau von Lothar Bolz, sowie im Archiv der „Deutschen Bauakademie“. Hier fanden sich Personendossiers über das Scharounsche Institut und die „weiterverwendbaren“ Planer, emotional aufgeladene Briefwechsel mit dem Berliner Oberbürgermeister und – glücklicherweise – die Vorgänge um die Moskau-Reise und das nachfolgende Aufbaugesetz.

Darunter auch die Diarien, ein 120 Seiten langer Reisebericht und handschriftliche Gesprächsprotokolle. Sehr aufschlußreich sind desweiteren die Protokolle der vom Ministerium gesteuerten „freimütigen Aussprache mit den Architekten“. Bolz spielt eine Schlüsselrolle unter der regierenden Elite der frühen DDR¹²: Moskauemi-

grant und KPdSU-Mitglied nach 1933 und Gründungsvorsitzender der NDPD, der National-demokratischen Partei Deutschland, nach 1945, fließt in seiner Person das denkbar größte Spektrum an möglicher Identifikation zusammen. In Moskau geschult und – vermutlich instruiert – hieß in seiner Lesart sein Ressort „Ministerium für Aufbau (des Sozialismus)“ und sein politischer Auftrag Einbeziehung des deutsch-nationalen Bevölkerungsspektrums. Ich erinnere mich sehr gut an die Verzückung meiner angeheirateten Großmutter, wenn der Name Bolz fiel. Für sie – und für wieviele Menschen wohl noch – war er der einzig akzeptable Mann im neuen Staate: Kunsterkenner, Christ, Akademiker, Nationaldemokrat. Hier erklärt sich ein wenig auch das eigenartige Konglomerat von Propagierung nationaler Traditionen, häufiger Wiederaufnahme örtlicher Planungsansätze der 30er Jahre und forcierter, extrem forcierter Propaganda des Sozialismus in der Zeit des „neuen Kurses“. 1953, nach dem 17. Juni, der gerade in seinem Amtsbereich kulminierte, wechselte Bolz das Ressort und wurde Außenminister. Das berührt die Frage nach dem politischen Charakter der „Nati-Tradi-Phase“. Sie scheint in diesem Licht betrachtet durchaus taktischem Kalkül zu entspringen und national-sozialistische Affekte in der Bevölkerung anzusprechen. Eine entsprechende kulturpolitische Orientierung mochte vielen, sich betrogen und mißbraucht fühlenden Menschen als Chance erscheinen, etwas aus der Konkursmasse ihrer früheren Ideale von Heimat-schutz, KdF, Jugendbünden hinüberretten zu dürfen ins „Neue Deutschland“. Auch hatten andererseits, wie mir Kurt Liebknecht bestätigte, die Moskau-Emigranten die Arbeit ihrer nunmehr in Diensten des national-sozialistischen Deutschlands stehenden, früheren Studienkollegen, vermittelt durch die in Moskau durchgängig verfügbare deutsche Fachpresse, mit großem Interesse verfolgt und fachmännisch begutachtet. Die Vorbehalte gegenüber der Architektur des III. Reiches dürften daher selbst seitens der Moskau-Rückkehrer nicht allzu erheblich gewesen sein.

Dem Aufbau-Minister Lothar Bolz strömte gerade aus Architektenkreisen ein breites Potential an Kräften zu, die ihre Vorkriegserfahrungen nun in ein zu erneuerndes nationales und menschliches Staatswesen einzubringen hofften. Ihre Chancen standen unvergleichlich besser als die der dem „Neuen Bauen“ und den sozialen Reformen der Weimarer Republik verpflichteten Architekten. Das hat seine Ursachen einerseits in tradierten Affekten wider die (linke) Sozialdemokratie und andererseits in der eben in Moskau vehement vorgetragenen Kritik am Siedlungsbau der deutschen Spezialisten um Ernst May, Hannes Mayer und Bruno Taut.

Auf welch tönernen Füßen das demagogische Aufbaukonzept des einen Ministers schon 1950 stand, macht der heftige Widerspruch deutlich, den die Ländervertretungen und anderen Ministerien angesichts der Gesetzesentwürfe des Aufbauministeriums geltend machten. Abgelehnt bzw. in wesentlichen Punkten beanstandet wurden sie v. a. von Seiten des Industrieministeriums, des Planungsministeriums und aus der Position der Oberbürgermeister als Vertreter der im Aufbaugesetz genannten Großstädte.

Ich kann die interpersonellen und interinstitutionellen Verflechtungen hier nicht eingehender analysieren und möchte im folgenden einiges zum Ursprung des Textes der „16 Grundsätze“ sagen, um dann auf die Struktur der „freimütigen Aussprache“ einzugehen.

Bis heute wird in Kreisen der DDR-Planer die Legende gepflegt, daß es sich bei dem Grundsatzpapier um eine Eigenschöpfung, Ergebnis „kollektiver Weisheit“ oder auch persönlicher Pfiffigkeit handelt. Schon 1950 übrigens gab es in Dresden einen kleinen „Urheberstreit“ um das neue Leitbild zwischen Franz Ehrlich und Kurt W. Leucht. Oberbürgermeister Weidauer – befreundet mit Leucht – sprach, als weiser Richter, Leucht die Federführung zu – nicht ohne deutlich zu machen, daß er persönlich bereits nachdrückliche Einwände gegenüber Berlin geltend gemacht habe.

Auch Hermann Henselmann, befragt nach seiner Mitwirkung an den Grundsätzen, erzählte mir von einem gemeinsam mit Scharoun verfaßten Gegenvorschlag, der taktisch vor allem auf Kritik

am Stil abgestellt gewesen sei. Das brachte mich dann doch auf den Plan, hatte ich doch kürzlich selbst noch die These vertreten, die „16 Grundsätze“, städtebaulich progressiv, seien 1950 noch relativ frei für andere architektonische Interpretationen als den Eklektizismus gewesen. Wenn die Genese des Textes über mehrere Fassungen nachzuweisen wäre, ließe sich schließlich auch die Version von der „kollektiven Weisheit“ verifizieren.

Im Zuge meiner Recherchen ermittelte ich schließlich neben dem Scharoun-Henselmann-Papier, eine ganze Reihe von kritischen Stellungnahmen, sowohl zu dem Grundsatzentwurf, als auch zum Aufbaugesetz aus der Zeit von Juni bis August 1950. Die entscheidendste Kritik kam, wie bereits angedeutet, von den Ministern für Planung und für Industrie. Heinrich Rau kritisierte die zu schwachen und ungenügenden Formulierungen, die es unmöglich machten, Planungs- und Bestätigungsverfahren eindeutig festzulegen. Die „16 Grundsätze“, die er als „rein schulische Instruktionen“ deklassierte, seien in einem Gesetzestext überhaupt deplaziert. Außerdem – und hierin steht Rau mitnichten allein – „wurde der Mitwirkung der Länder und der Städte selbst zu wenig Beachtung geschenkt“. Aus diesen Gründen schlage er eine intensive Bearbeitung des Aufbaugesetzes vor; der vorliegenden Fassung müsse er seine Zustimmung entschieden verweigern. Vehementer noch fiel die Kritik des Magdeburger Oberbürgermeisters aus, der sich über die völlige Beschneidung der kommunalen Entscheidungshoheit und über die Zurücksetzung der Interessen der Industrie an repräsentativen innerstädtischen Standorten empört. Der Berliner Oberbürgermeister übrigens gar hatte „einem Minister der Republik mit Vorgehen auf anonymen anderer Ebene gedroht“.

Die „Grundsätze“ wurden also nachweislich zur Diskussion gestellt, diskutiert und teilweise vernichtend kritisiert – aber keine einzige Veränderung an der zur Debatte gestellten Urfassung vorgenommen. Eine Scheindebatte des Demagogen Bolz also?

In der Tat hatte Bolz auf ein entschiedenes Protestschreiben von Peter Friedrich hin, der monierte, daß er in der vorgeschlagenen Delegation der einzige Fachmann sei, bereits im Vorfeld der Reise bestimmt entgegnet: Er müsse Friedrichs Ansinnen – das eine Sabotage darstelle – auf schärfste zurückweisen – denn „die Delegation führe nicht zu einer Diskussion nach Moskau, sondern zum Studium der in Theorie und Praxis vorbildlichen Moskauer Erfahrungen und wir werden uns mit ihren Grundsätzen bekanntmachen, die dann für die weitere Bearbeitung der Berliner Stadtplanung maßgebend sein müssen“.¹³ Ohne hier auf die Einzelheiten der Moskau-Reise ausführlich eingehen zu können, sei der Verlauf der Konsultationen hier im Wortlaut des Abschlußberichtes von Lothar Bolz wiedergegeben.

„Sämtliche Vertreter des Ministeriums wie der Akademie vermieden nach Möglichkeit jede direkte Kritik der Fehler und Mängel in unserem Städtebau; sie bemühten sich vielmehr, uns auf indirekte Weise zur Erkenntnis der Mängel zu führen, in dem sie uns auf Fehler hinwiesen, die sie selbst früher begangen und inzwischen ausgemerzt haben; ... das einzige Mal, als unsere sowjetischen Gastgeber die Berliner Stadtplanung ganz scharf ohne jede höfliche Verbrämung kritisierten, handelte es sich um den Vorwurf, daß die großen Traditionen des deutschen Städtebaus und der deutschen Architektur offenbar in Moskau mehr geschätzt würden, als in Deutschland, da die Berliner Stadtplanung jeden nationalen Charakter vermissen lasse“. Die deutschen Delegationsmitglieder allerdings saßen in all den zahlreichen Konsultationen mit gezücktem Bleistift und notierten Argumente und Hinweise. Darunter auch den Satz: „Wenn wir in Rußland Revolution mit unseren Futuristen gemacht haben, sollte es Ihnen in Deutschland letztlich gelingen, ihre Bauhäusler zu gewinnen“. Am Ende berichtete Bolz: „Das Ergebnis aller dieser Erörterungen in seiner Anwendung auf unsere deutschen Verhältnisse faßte die Delegation dann in Thesen zusammen. Die Thesen wurden in weiteren Sitzungen im Ministerium für Städtebau eingehend durchgesprochen und Wort für Wort bis ins Einzelne erörtert, wobei in vielen Fällen auf erprobte

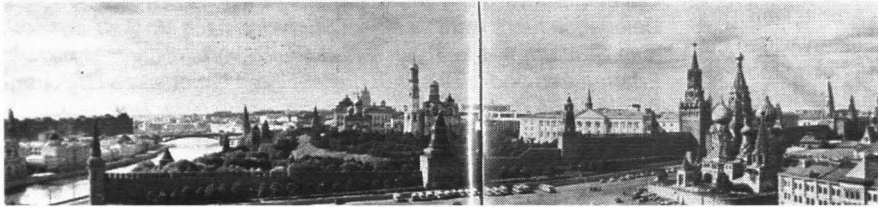
Formulierungen der verantwortlichen sowjetischen Stellen zurückgegriffen werden konnte. Das Ergebnis aller dieser Erörterungen ist in den anliegenden 16 Grundsätzen des Städtebaus zusammengefaßt.¹³ Diese Thesen sind einschließlich der Korrekturen mittels „erprobter Formulierungen“ durch ein am 28. April in Moskau verfaßtes Dokument in russischer Sprache belegt. Nach Rückkehr der Delegation wurde es ins Deutsche übertragen und als Diskussionsgrundlage in alle wichtigen Institutionen der DDR versandt. Es folgten wochenlange Schulungen, Seminare und Vortragsveranstaltungen mit Vertretern des BDA, freien Architekten, Kommunen und Ländern. Fast jedes Wort in diesem „Wahnsinnsmarathon“ (K.W. Leucht) der Durchstellung der Ergebnisse der Moskau-Reise an die deutsche Basis ist protokolliert worden. Es ging dabei zentral um Bodenbewertung, Standortfragen in den Stadtzentren, Licht-Luft-Sonne, Ästhetik zwischen Bauhaus und Schultze-Naumburg. Die Bereitschaft zur Diskussion unter den teilnehmenden Architekten war groß, schließlich, das verstanden alle, war die Kritik der sowjetischen Kollegen vor allem an den städtebaulichen Prinzipien der Moderne fundiert und basierte auf einer unbestreitbaren praktischen Erfahrung. Allein in Moskau waren zum Beginn des Krieges 6 Millionen Quadratmeter Wohnfläche neugeschaffen worden. In der Zeit von 1926 bis 1939 entstanden 213 neue Städte, 1327 große Arbeitsiedlungen mit stadttähnlichem Charakter. Die seit Kriegsende erbrachten Wiederaufbauleistungen in Minsk, Stalingrad und Kiew waren überzeugend. Man stelle sich vor: Fünf Jahre nach dem Krieg inspizieren Deutsche den Wiederaufbau der von „den Faschisten“ zerstörten sowjetischen Städte und Kulturdenkmale, erleben sonntags flanierend die menschengefüllten Moskauer Boulevards und Parke, fliegen über die ehemaligen Schlachtfelder und feiern den 1. Mai in Moskau, machen ihre Glossen über den „Sozialistischen Realismus“ in der Tretjakow-Galerie und studieren fasziniert sowjetische „Schnellbauweisen“. Ihre authentischen Wahrnehmungen

und Berichte konnten sich eines wachen Interesses der deutschen Fachwelt erfreuen.¹⁶

Aber es gab während der Diskussionen um die Erkenntnisse der Moskau-Reise auch sehr kritische Stellungnahmen. Hans Scharoun bat, stärker über die sozialen Zielstellungen zu diskutieren und beantragte, das Grundsatzpapier auf die Komplexität der Fragestellung kollektiv zu überarbeiten. „Das uns wesentlich Erscheinende ist, die lebenden Faktoren aus einer Rezeptsammlung zu aktiven Kräften machen ... wie bringe ich die Bindung zwischen Mensch und Gruppe in Aktion?“ Hans Hopp äußerte Bedenken gegen die „allzustarke Betonung des nationalen Gesichts“ und Richard Paulick sprach offen das Problem des „sowjetischen Kitsches“ an. Diesen Gegensatz zwischen der modernen Architektur und dem, was man jetzt in den acht Moskauer Hochhäusern darstellte, sollte man sehr gründlich diskutieren“, man dürfe einem Hotelbau keine „feudalistische Narrenkappe“ aufsetzen. Lothar Bolz, der das letzte Wort in der hier zitierten Diskussion hatte, brandmarkte Paulicks Wortmeldung als antisowjetische, nationalchauvinistische Peinlichkeit. Auch andere Disputanten wurden in der Replik des Ministers schulmeisterlich gemaßregelt. Zuckerbrot dagegen reichte Bolz dem Architekten Henselmann, der sich rechtzeitig von Paulick distanziert hatte: „Er wird uns erhalten bleiben, er wird uns nicht verlassen brauchen“.¹⁷

Die „freimütige Debatte“ wird in ihrer Struktur deutlich. Ihrem Charakter nach ist sie auf „Umschulung“ und „Säuberung“ orientiert, fungiert als Einübung von Verhaltensmustern und Sprachregelungen. Manche lernen ihre Lektion und beherrschen – wie später Paulick – am Ende die Regeln perfekt, andere ziehen sich zurück, werden durch das Industrieministerium aufgefangen, wechseln das Deutschland oder verzweifeln. Und es wachsen in jenen Tagen Feindschaften und Mißtrauen, die ein Leben lang anhalten.

(Fortsetzungen folgen in der „Bauwelt“ und im „Kursbuch“.)

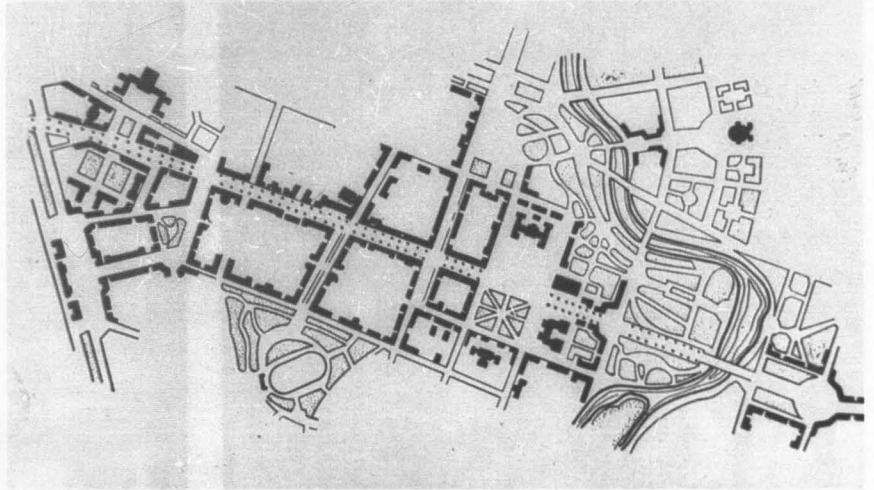


- 1 Moskau. Prototyp einer besonderen Wahrnehmung: organisch um ein Zentrum gruppierte vertikale Dominanten. Die Stadt ist klar lesbares Zeichen und Monument ihrer selbst.

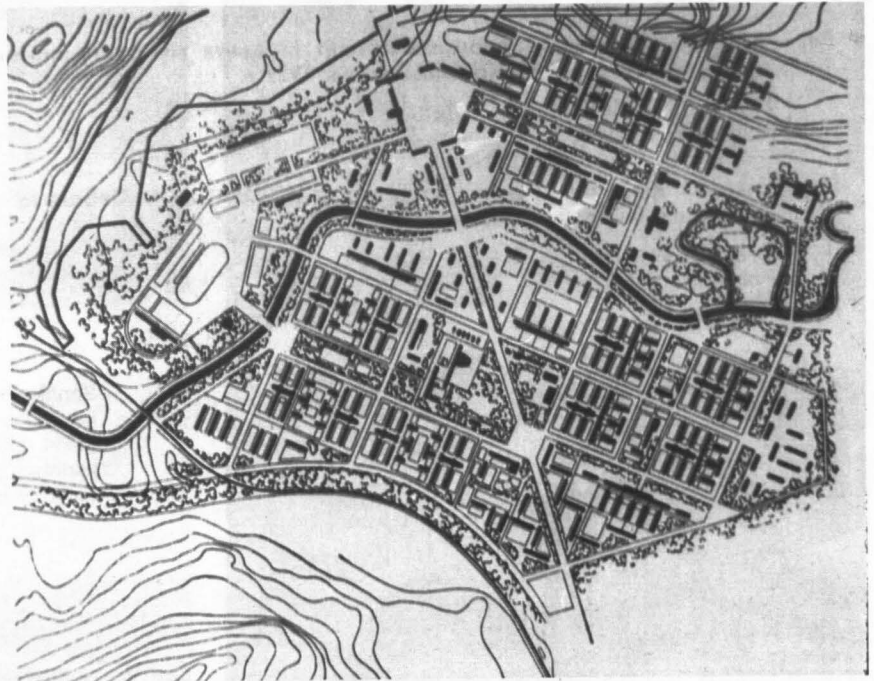


- 2 Minsk zerstört

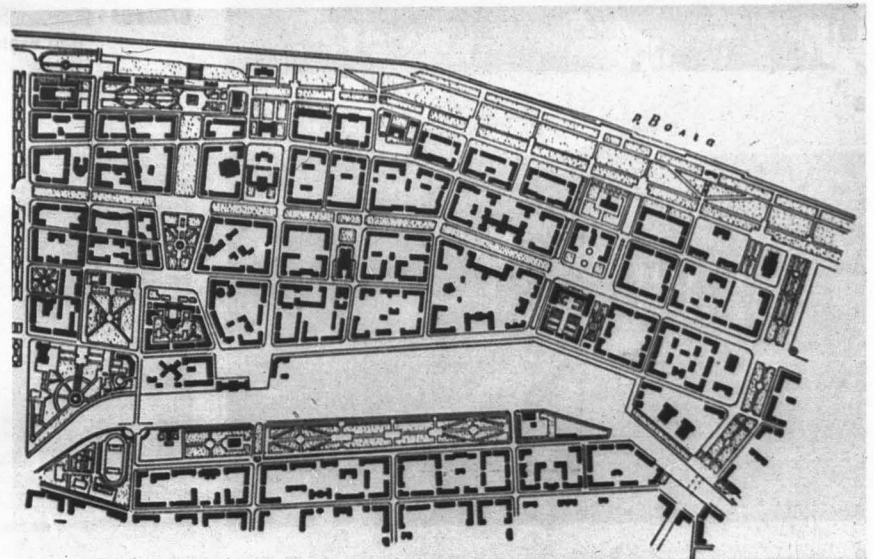
- 3 Wiederaufbauplan Minsk
Wiederaufbauplan für das Stadtzentrum von Minsk von M. Parusnikov, M. Barscht, N. Badanov, B. Korol, M. Osmolovski, 1950



- 4 1930 Kusnezk



- 5 1950 Stalingrad
Nicht Kusnezsk (Mitte, A. u. L. Wesnin, Plan 1930) sondern Stalingrad (Generalplan des Stadtzentrums 1950 von K. Alabian, B. Simbirzev, N. Poliakov u. a.) werden den deutschen Spezialisten als Leitbild empfohlen.





6



7

6/7

Sophienkirche in Nowgorod.

Mit einigem Erstaunen wird seitens der Deutschen vermerkt, daß die Russen selbst Paläste und Kirchen äußerst akribisch rekonstruieren: „Die Architekten waren Leibeigene. Es ist russische Kultur“.



8

8/9/10

Die Boulevards, die zentralen Plätze, die Bildzeichen werden wichtige Leitbilder. Aufnahmen aus Stalingrad und Minsk.



9



10

10



11

11/12 Der Fluß ist nicht der Hinterhof der Stadt. Parke schaffen Ausgleich für angestrebt hohe städtische Dichtekoeffizienten.



13

13/14 Aufbau der Südwest-Rayons von Moskau, 1955. Auch die Stadterweiterungen folgen dem Prinzip der Kompaktheit, Achsialität, Zeichenhaftigkeit und sind streng hierarchisch geordnet.

12

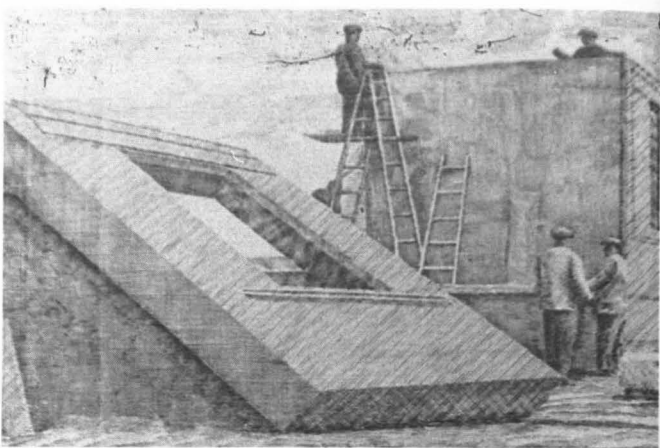


14

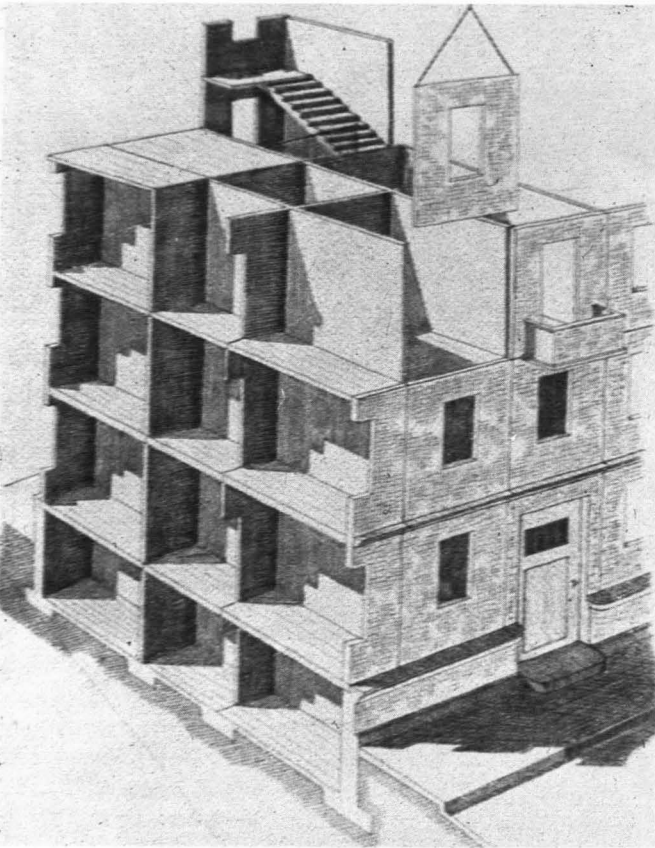




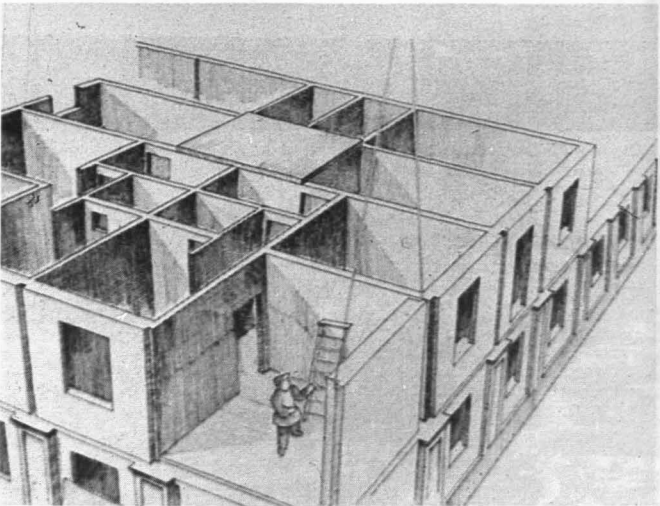
15



17

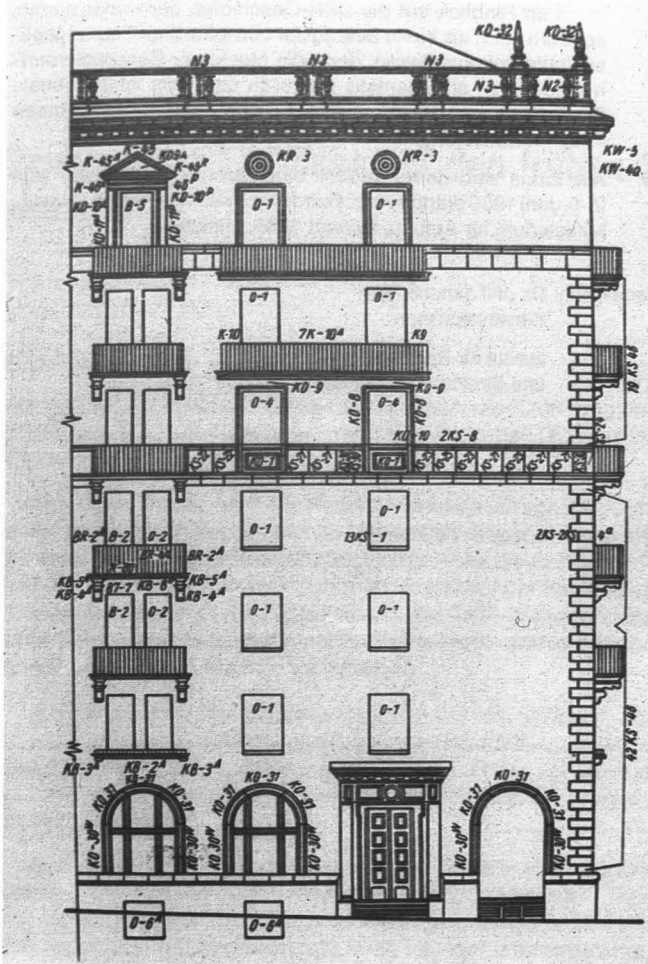


16

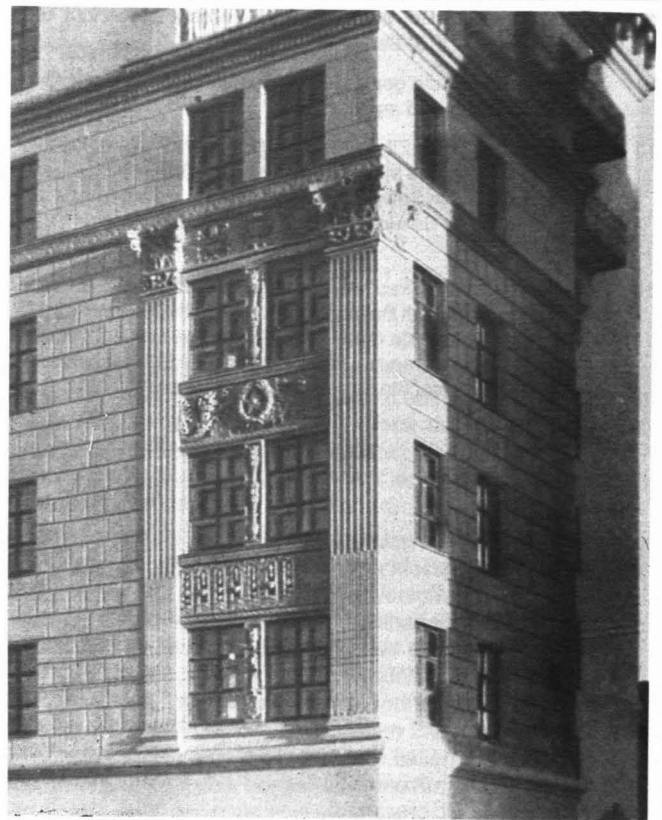


17 a

15/16/17 Industrieller Wohnungsbau in Moskau, links Wohnhaus am Leningrader Prospekt von A. Burov, B. Blochin, A. Kutschеров, 1940.



18 Montagebezeichnung für die Fassadenverkleidung eines Typenhauses mit vorgefertigten Details.



18/19 „Beiträge aus der Materialsammlung des Moskauer wissenschaftlich-technischen Rates über die Fragen des öffentlichen Wohnungsbaus sowie der Baustoffe, der Entwurfs- und Forschungsarbeiten“, in der Schriftenreihe „Neuzeitisches Bauen“ der Deutschen Bauakademie publiziert.

Anmerkungen

- 1 Tonbandprotokoll, Norbert Korrek, HAB Weimar
- 2 Vergl. Workshop-Bericht Grönwald in: 5. Internationales Bauhaus-Kolloquium Weimar 1989, Wiss. Z. Hochsch. Archit. Bauwes. Weimar 36 (1990) 1-3, S. 152.
- 3 Iris Reuther ist heute Stadtplanerin in Leipzig. Siehe auch Reuther, Doeblner, Uhde: Leipziger Protokolle. In: H. G. Helms (Hrsg.), Die Stadt als Gabentisch, Leipzig 1992.
- 4 Vergl. Simone Hain, Mart Stam in der DDR I und II. In: Form + Zweck, H. 2 – 3 und H. 4 1991.
- 5 Implizit wird die Industrialisierungsphase des DDR-Städtebaus demnächst behandelt im Katalog der Hans-Schmidt-Ausstellung, ETH Zürich 1993.
- 6 Vergl. Hermann Henselmann: Ich habe meine Begabung geopfert, Interview in: Die Andere, 9'92 sowie Ders., Gegen die Überwältigung der Architektur durch Instrumente. Unveröff. Manuskript vom 21. 5. 1992.
- 7 Luis Argon hat einen bemerkenswerten literaturtheoretischen und geschichtsphilosophischen Roman hinterlassen: „Spiegelbilder“. Er sei allen empfohlen, die über die Realitätsnähe ihrer Forschung, über Subjektivität und emotionale Befangenheit beim Schreiben über Geschichte nachdenken.

- 8 Ministerialblatt der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. Sept. 1950, Nr. 25/1950. Zuletzt mit Kommentaren abgedruckt in J. F. Geist/K. Kürvers, Das Berliner Mietshaus. 1945-1989, München 1989, S. 312-318 und in der Kurzfassung in K. v. Beyme, W. Durth, u. a.: Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 30-31.
- 9 Kurt W. Leucht im Gespräch mit der Autorin im Oktober 1991
- 10 Siehe W. Durth/N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-50. 2 Bde., Braunschweig/Wiesbaden 1988.
- 11 So geschehen im Oktober 1949 durch eine Stellungnahme der Ostberliner SPD. Siehe auch S. Hain, „Im Westen wird man sich wundern“, In: K. v. Beyme, W. Durth, u. a.: Neue Städte aus Ruinen“. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit und S. Hain, Berlin, „schöner denn je“. Stadtideen im Ostberliner Wiederaufbau. Jahrbuch DAM 1992, München 1992.
- 12 Eine wertvolle Hilfe bei biographischen „Entflechtung“ der DDR-Geschichte bietet seit kurzem „DDR. Wer war wer. Ein biographisches Lexikon“ aus dem Christoph Links Verlag. Berlin 1992.
- 13 Lothar Bolz, Schreiben an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Herrn Walter Ulbricht vom 18. Januar 1950. Bundesarchiv, Außenstelle Coswig. Ministerium für Altbau, Bündel 1255, H-1/9. Alle weiteren hier zitierten Dokumente findet man in:

Simone Hain: Reise nach Moskau. Forschungsbericht und Dokumentation. IRS, Berlin 1993.

- 14 Ich verweise auf die geplante Veröffentlichung der Bauwelt im November 1992 und im „Kursbuch“ 1993.
- 15 Beide ausführlichen Zitate in: Lothar Bolz, Bericht über die Reise einer Delegation des Ministeriums für Aufbau zum Studium des Städtebaus in der Sowjetunion vom 23. Juni 1950. Bundesarchiv, Außenstelle Coswig. Ministerium für Aufbau, Bündel 1255, H-1/9.
- 16 „Die Reise nach Moskau“ ist ein Kapitel europäischer Ost-West-Beziehungen und ein Beitrag auch zur Geschichte des sowjetischen Städtebaus, da die Dokumente ja den Erkenntnisstand von 1950 mit erklärenden Erörterungen des Entwicklungsweges fixieren. Ich möchte diese Reise in nächster Zeit daher nicht

allein im Hinblick auf die DDR-Geschichte gern analysieren, sondern auch als einen Beitrag zur europäischen Planungsgeschichte dokumentieren, denn die Moskauer Gesprächspartner verfügten argumentativ souverän über das internationale Fachwissen und die Erkenntnisse einer eigenen kontroversen Theorieentwicklung.

- 17 Alle Zitate sind dem Protokoll einer Architektur-Tagung vom 2.-5. Juni 1950 entnommen. Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, Ministerium für Aufbau, Bündel 1255, Minister 8.

Verfasserin: Dr. phil *Simone Hain*
Kunsthistorikerin

Institut für Regionalentwicklung
und Strukturplanung, Berlin